

Momentum 2020: Republik - Track #5: Wohlfahrtsstaat: Vermögen der Republik

Was ist uns der österreichische Sozialstaat wert?

Einstellungen zu sozialstaatlichen Leistungen und ihrer Finanzierung in Österreich

Franziska Disslbacher, Julia Hofmann, Thomas Mayer

Einleitung

Spätestens seit der Corona-Krise erlebt der Sozialstaat in der öffentlichen Debatte ein Revival. Das österreichische Sozialsystem hat sich insbesondere im Gesundheits- und Arbeitsmarktbereich als relativ leistungsstark erwiesen, auch wenn zahlreiche Schwachstellen und Lücken sichtbar geworden sind (Wöss 2020). Doch wie blickt die Bevölkerung auf sozialstaatliche Leistungen, wie die Arbeitslosenversicherung oder die öffentliche Gesundheitsvorsorge? Welche Bereiche sollen ausgebaut werden und wer soll diesen Ausbau finanzieren? Diese und andere Fragen waren Teil einer 2018 von der AK Wien durchgeführten Umfrage, deren erste Ergebnisse im Folgenden kurz dargestellt werden.

Stand der Forschung

Die Umfrage knüpft an zwei wissenschaftlichen Forschungssträngen an, die sich mit dem diesem Thema auseinandersetzen. Das ist einerseits Forschung, die sich den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat im Allgemeinen widmet. Andererseits sind das Forschungen, die sich mit den Finanzierungspräferenzen von Menschen auseinandersetzen.

In den Forschungen zu den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat wird etwa nach der Zustimmung oder Ablehnung der allgemeinen Prinzipien von Wohlfahrtsstaaten und dessen konkreter Ausgestaltung gefragt. Darauf aufbauend werden Länderunterschiede, z.B. anhand der unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatstypen (z.B. der Wohlfahrtsstaatsregime nach Esping-Andersen) und Unterschiede innerhalb der Länder nach zentralen soziodemographischen oder sozioökonomischen Kriterien herausgearbeitet. Eine zentrale Erkenntnis, die sich durch viele dieser internationalen Studien zieht, ist die breite Zustimmung von Bevölkerungen zu sozialstaatlichen Leistungen, die in manchen Ländern auch dem Trend zu einem Rückbau ebendieser entgegensteht (Svallfors 2003, van Oorschot et al. 2012). Ländervergleiche zeigen des Weiteren, dass die Zustimmung zu sozialstaatlichen Leistungen und zu Umverteilung in Ländern mit einem gut ausgebauten

Sozialstaat höher ist als in Ländern, in denen der Sozialstaat nicht gut ausgebaut ist (Arts/Gelissen 2001, Svallfors 2003). Innerhalb der Länder zeigen sich meist wenige Unterschiede nach soziodemographischen bzw. sozioökonomischen Merkmalen, wichtiger erscheinen eher subjektive Faktoren, wie Gerechtigkeitsvorstellungen, Gesellschaftsbilder oder politische Einstellungen (Hadler 2005, Kulin/Svallfors 2013).

Die Forschung zu den Einstellungen zum Sozialstaat hat in der Soziologie bzw. der Politikwissenschaft lange Tradition; die relevanten Variablen finden auch regelmäßig Einzug in internationalen Umfrageprogrammen, wie dem International Social Survey Programme (ISSP) oder dem European Social Survey (ESS). Für Österreich gab es allein in den letzten 2, 3 Jahren mindestens drei wissenschaftliche Publikationen, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben: Auf Basis der Daten des Sozialen Survey Österreich legt Grausgruber (2019) beispielsweise eine Längsschnittanalyse für einen Zeitraum von 30 Jahren vor. Er zeigt, dass der Staat generell in den Einstellungen der ÖsterreicherInnen in diesem Zeitraum eher einen Bedeutungszuwachs erlangt hat. Auch bleiben die Bereiche, für die der Staat nach Ansicht der Bevölkerung zuständig sein soll (wie z.B. Pensionen, Gesundheit, Sicherheit) über die Jahre äußerst stabil. Grausgruber findet außerdem unterschiedliche Ergebnisse zu der Frage, ob der Staat für mehr Gleichheit und soziale Sicherheit sorgen soll: Ältere Menschen, jene mit höherer Schulbildung und besserer finanzieller Situation und auch politisch Linksgerichtete unterstützen dieses Anliegen eher.

Eine Arbeit von Eichmann et al. (2019) beschäftigt sich mit der Einstellung zu den Konsequenzen des Sozialstaates. Hier wird gezeigt, dass die Zustimmung zu positiven Konsequenzen (z.B. führt zu einer gerechteren Gesellschaft) überwiegt, während negative moralische (z.B. macht Menschen faul) oder negativ ökonomische (z.B. ist eine starke Belastung für die Wirtschaft) weniger stark befürchtet werden. Auch Eichmann et al. sehen keine Mehrheit in der österreichischen Bevölkerung für einen Abbau des Sozialstaates und eine Änderung des Wohlfahrtsstaatsregimes in Richtung mehr Liberalismus. Sie können zeigen, dass sozialstrukturelle Merkmale bzw. die eigene Erfahrung mit dem Sozialstaat kaum einen Einfluss auf die Einstellungen haben. Relevant sind vielmehr politische Orientierungen, Werte bzw. Gesellschaftsbilder: Personen, die autoritär eingestellt sind, ein geringeres Institutionenvertrauen haben bzw. für mehr Leistungsgerechtigkeit eintreten, achten bspw. mehr auf die negativen moralischen Konsequenzen von sozialstaatlichen Leistungen.

Schlussendlich beschäftigen sich Schadauer et al. (2019) mit der Frage, wo die Grenzen sozialstaatlicher Solidarität in Österreich gezogen werden. Auch diese Arbeit zeigt eine

prinzipiell breite Akzeptanz zu sozialstaatlichen Leistungen in Österreich und keinen generellen Schwenk in Richtung „weniger Staat, mehr privat“. Schadauer et al. arbeiten allerdings Unterschiede in der Einschätzung, wem Unterstützungsleistungen gebühren heraus. So stimmt ein Großteil der ÖsterreicherInnen gegen Kürzungen bei kinderreichen Familien, während Kürzungen bei Flüchtlingen bzw. Langzeitarbeitslosen eher befürwortet werden. Auch Schadauer et al. verweisen in Hinblick auf die Erklärungsfaktoren für diese Einstellungsmuster auf die Bedeutung von Gesellschaftsbildern und politischen Ausrichtungen: Autoritäre Einstellungen, eine Idealisierung des Leistungsprinzips oder politische Deprivationsgefühle korrelieren etwa stark mit Kürzungswünschen.

Was in den meisten Studien dieses Forschungsstranges allerdings fehlt, sind Fragen der Finanzierung: Wer soll wie viel für den Sozialstaat zahlen? Wie wird ein etwaiger Ausbau sozialstaatlicher Leistungen finanziert? Fragen der Finanzierung werden in einem zweiten Forschungsstrang adressiert, der sich mit den Finanzierungspräferenzen von Menschen auseinandersetzt (siehe u.a. Zens/Warum 2019). Arbeiten in diesem Bereich sind im Gegensatz zur Forschung zu den Einstellungen zum Sozialstaat seltener sozialwissenschaftliche Studien, sondern oft auf Experimenten basierende Arbeiten, die individuelle Handlungspräferenzen versuchen zu modellieren (Edlund 1999, Reed-Arthurs/Sheffrin 2010). Hier steht meist, der Theorie der rationalen Wahl folgend, das Individuum und seine Handlungen im Fokus: Unter welchen Umständen ist ein Mensch bereit wie viel Geld für welche Leistung her zu geben?

Da Individuen allerdings nicht als rein rational Handelnde, nur von individuellen Interessen Getriebene sind, sondern Einstellungen und Verhaltensweisen stets in soziale Strukturen und Institutionen eingebettet sind, orientiert sich die vorliegende Arbeit eher an ersterem Forschungszweig und möchten mit dem zusätzlichen Fokus auf Fragen der Finanzierung, der bislang nur in wenigen Forschungen gewählt wurde, einen Beitrag zu dessen Erweiterung leisten.

Eine Arbeit, die diese Verknüpfung bislang schon versucht hat, wurde von Frank Bandau, Malte Lübker und Thomas Rixen für Deutschland (2017) durchgeführt. Diese wirft die Frage auf, wie angesichts eines breiten Plädoyers in der Bevölkerung für einen Ausbau sozialstaatlicher Leistungen Finanzierungsfragen nach Ansicht der Bevölkerung gelöst werden können. Die Studie zeigt, dass in Deutschland nur zwei Finanzierungsvorschläge, nämlich eine stärkere Besteuerung von Unternehmen und von Vermögen gesellschaftliche Mehrheiten finden. Andere Vorschläge, wie die Erhöhung der Einkommenssteuer und von Sozialbeiträgen werden dagegen von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt.

Spannenderweise kommen Bandau et al., was die Einflussfaktoren der Finanzierungspräferenzen der Befragten betrifft, zu einem ähnlichen Schluss, wie die (bereits erwähnten) Studien zu den Einstellungen zum Sozialstaat im Allgemeinen: Nicht das ökonomische Eigeninteresse der Einzelnen oder sozioökonomische Kriterien prägen deren Finanzierungspräferenzen. Vielmehr sind diese Präferenzen von politischen Einstellungen und Gesellschaftsbildern geprägt, wie die Einstellungen zu sozialer Ungleichheit oder die Erwartungen an den Sozialstaat generell.

Methode

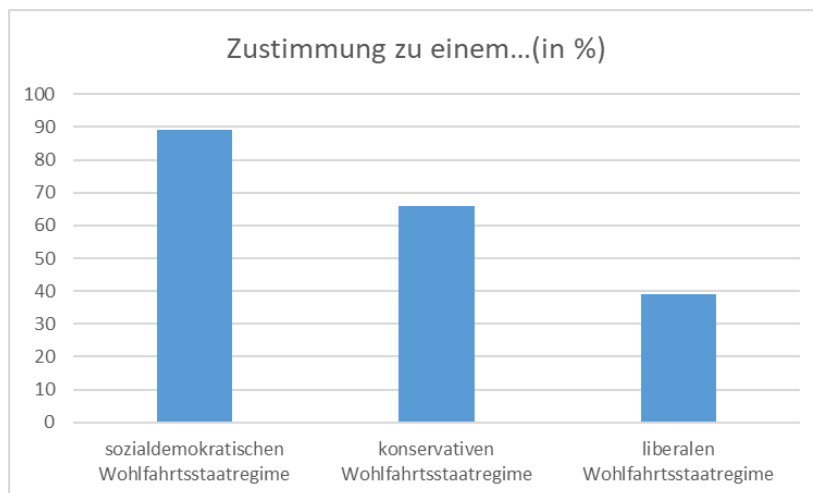
In Anlehnung an die 2017 von Frank Bandau et al. in Deutschland durchgeführte Untersuchung „Was ist uns der Wohlfahrtsstaat wert?“ wurden in Österreich vorherrschende Meinungen zum Erhalt bzw. Ausbau sozialstaatlicher Leistungen sowie unterschiedliche Varianten der sozialstaatlichen Finanzierung in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage (CATI und Onlinebefragung, n=1000, Befragungszeitraum: August/September 2018) abgefragt. Ziel war es, die Einstellungen der unterschiedlichen Gruppen (Alter, Einkommen, Erwerbsstatus, Geschlecht, Wahlverhalten, etc.) zum Sozialstaat und seiner Finanzierung zu analysieren.

Empirische Ergebnisse

Welches Wohlfahrtsmodell wird präferiert?

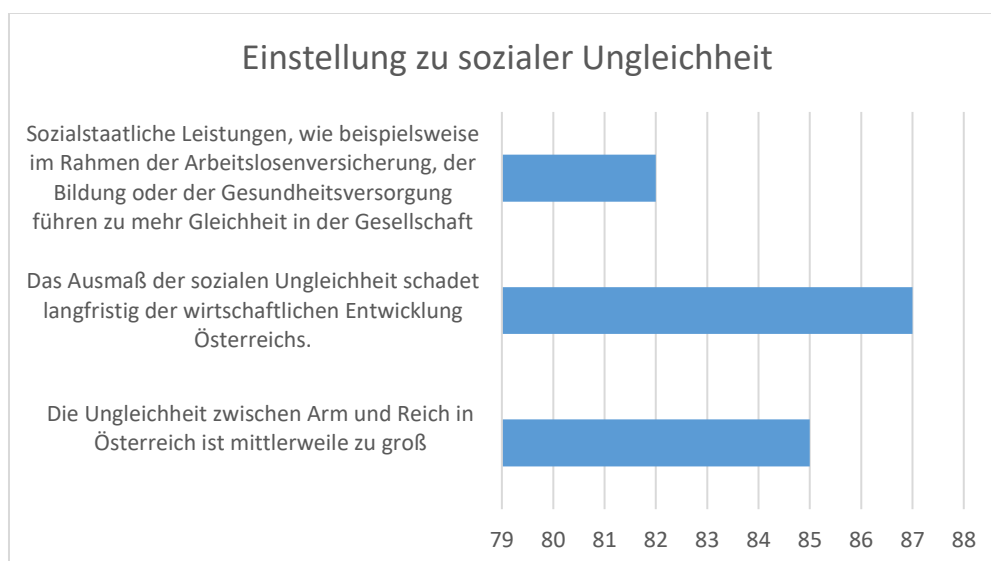
Ähnlich den bereits zitierten (internationalen und nationalen) Studien zeigt sich auch in dieser Umfrage eine breite Zustimmung zu sozialstaatlichen Leistungen: Die Befragten sind im Allgemeinen Fans von den Leistungen, die die öffentliche Hand für sie bereitstellt. In Österreich wünschen sich sogar fast 90% der Befragten eine Ausweitung des Sozialstaates in Richtung eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates wie es laut Literatur in den nordischen Ländern der Fall ist (siehe Graphik 1). Der Staat solle großzügige, durch Steuern finanzierte Leistungen in allen sozialen Bereichen bereitstellen, und zwar für alle StaatsbürgerInnen. Ein konservatives Wohlfahrtsmodell, wie es laut Literatur in Österreich derzeit der Fall ist, ist mit knapp 70% erst die zweite Wahl der Befragten. Das liberale Wohlfahrtsmodell wird gar nur von rund 40% befürwortet.

Graphik 1: Zustimmung zu den Wohlfahrtsmodellen



Diese große Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Modell mag auch daran liegen, dass die wahrgenommene soziale Ungleichheit im Land relativ hoch ist und die überwiegende Mehrheit der Befragten der Ansicht ist, dass der Sozialstaat für mehr Gleichheit sorgt (siehe Graphik 2).

Graphik 2: Einstellungen zu sozialer Ungleichheit



Wovon hängt die Zustimmung zu den Wohlfahrtsmodellen und die Ungleichheitswahrnehmung ab?

Die bivariaten Auswertungen zeigen, dass die Zustimmung zum sozialdemokratischen Modell mit dem Alter abnimmt, während die Zustimmung zu dem konservativen Modell mit dem Alter eher zunimmt: So unterstützen bspw. 91% der 16-29jährigen das sozialdemokratische Modell (sehr), während es nur mehr 76% bei den über 60jährigen sind.

Nach Geschlecht zeigen sich hier keine merklichen Unterschiede. Das formale Bildungsniveau scheint auch nur bei der Unterstützung des liberalen Modells eine Rolle zu spielen: Interessanterweise sind formal eher schlecht Gebildete eher geneigt dieses zu unterstützen (ohne Matura: 37%, mit Hochschulabschluss 23%). Auch der Migrationshintergrund spielt nur bei einem Modell – dem konservativen – eine Rolle: Hier sind Personen ohne Migrationshintergrund eher geneigt dieses zu unterstützen (64%) als Personen mit Migrationshintergrund (58%).

Spannend sind auch die Unterschiede nach sozialen Determinanten, wie Einkommen oder Vermögen: So sind Hauptwohnsitz-EigentümerInnen in der Regel stärker für das konservative Modell (64% gegenüber 56% bei den Nicht-EigentümerInnen), während Nicht-EigentümerInnen eher dem sozialdemokratischen Modell zustimmen (88% gegenüber 82%). Ähnlich verhält es sich beim äquivalisierten Haushaltseinkommen: Liegt dieses mit maximal 984€ im 1. Quintil, ist die Zustimmung zum sozialdemokratischen Modell höher (87%), als bei Einkommen im 5. Quintil (über 2600€) (77%).

Wie auch schon in den weiter oben zitierten internationalen Studien zu den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat ist aber auch in dieser Umfrage der Einfluss individueller soziodemographischer und sozialer Charakteristika auf die Wohlfahrtsstaatspräferenzen eher gering (siehe Modell 1, R² von 3%-8%): Das formale Bildungsniveau behält aber auch in den multivariaten Modellen seinen Einfluss bei und auch die Vermögensausstattung spielt weiterhin eine Rolle.

Modell 1: Erklärungsfaktoren für Zustimmung zu Wohlfahrtsmodellen

Predictors	Konservativ			Sozialdemokratisch			Liberal		
	Odds Ratios	CI	P-Value	Odds Ratios	CI	P-Value	Odds Ratios	CI	P-Value
Intercept	1.02	0.49 – 2.14	0.960	76.14	20.05 – 28 9.19	<0.001	0.25	0.12 – 0.56	0.001
Altersgruppe: 30-39 J.	1.48	0.78 – 2.81	0.231	0.96	0.31 – 3.02	0.945	1.33	0.68 – 2.62	0.411
Altersgruppe: 40-49 J.	0.91	0.49 – 1.70	0.775	0.78	0.25 – 2.48	0.680	0.77	0.38 – 1.56	0.465
Altersgruppe: 50-59 J.	1.00	0.56 – 1.78	0.989	0.76	0.26 – 2.26	0.628	1.35	0.72 – 2.55	0.351
Altersgruppe: > 60 J.	1.22	0.69 – 2.16	0.493	0.47	0.17 – 1.30	0.147	2.42	1.33 – 4.41	0.004
Geschlecht: Weiblich	0.75	0.52 – 1.08	0.125	0.87	0.49 – 1.55	0.646	1.15	0.78 – 1.67	0.484
Bildung: Matura	0.61	0.38 – 0.98	0.042	1.5	0.68 – 3.31	0.316	0.86	0.52 – 1.42	0.561
Bildung: Hochschule	1.15	0.68 – 1.94	0.597	2.98	1.16 – 7.68	0.024	0.43	0.24 – 0.77	0.004
Migrationshintergrund: Ja	0.87	0.56 – 1.33	0.516	1.16	0.56 – 2.40	0.696	0.61	0.38 – 0.98	0.040
Eigentum am Hauptwohnsitz: Ja	1.63	1.10 – 2.40	0.015	0.49	0.25 – 0.96	0.038	1.62	0.84 – 1.89	0.272
Äquiv. Haushaltseinkommen	1.00	1.00 – 1.00	0.204	1.00	1.00 – 1.00	0.002	1.00	1.00 – 1.00	0.907
Gewerkschaftsmitglied	1.47	0.99 – 2.19	0.059	0.42	0.21 – 0.83	0.012	2.14	1.40 – 3.27	<0.001
Erfahrung Prekariat: Ja	0.91	0.62 – 1.35	0.651	0.88	0.49 – 1.58	0.664	0.83	0.57 – 1.23	0.354
Observations	648			662			639		
R ² Tjur	0.035			0.046			0.081		

Ein etwas inkonsistenteres Bild ergibt sich bei den Ungleichheitswahrnehmungen: Diese hängen in den bivariaten Analysen nur bedingt mit dem Alter zusammen: So glauben zwar

jüngere Menschen eher an die Rolle des Sozialstaates als „Gleichmacher“ (83% der 16-29jährigen) als ältere Menschen (78% bei den über 60jährigen). Und Personen ohne Matura sind stärker der Ansicht, dass die Ungleichheit zu groß ist (85%) als Personen mit Hochschulabschluss (79%). Insgesamt ist das Bild in den bivariaten Analysen allerdings eher inkonsistent bzw. sind die Zustimmungsunterschiede zwischen den Gruppen nur sehr gering. Auch im multivariaten Modell zeigen sich zwar einzelne Einflussfaktoren, diese sind aber bei den einzelnen Aussagen nicht einheitlich und die Erklärungskraft der Modelle ist mit R² von 5-11% zwar etwas besser, aber auch nicht sonderlich hoch (siehe Modell 2).

Die in der Literatur erwähnte Rolle von politischen Einstellungen und Gesellschaftsbildern sowie von Einstellungen zu sozialer Ungleichheit oder den Erwartungen an den Sozialstaat generell, muss in weiteren Analysen daher noch genauer überprüft werden. Ein erster Blick auf den Zusammenhang zwischen präferiertem Wohlfahrtsmodell und den Einstellungen zu sozialer Ungleichheit zeigt aber zumindest beim sozialdemokratischen Modell sehr klare Zusammenhänge auf (Modell 2).

Modell 2: Erklärungsfaktoren für Einstellungen zu sozialer Ungleichheit

Predictors	Ungleichheit: zu groß			Ungleichheit: Sozialstaat			Ungleichheit: Wirtschaft		
	Odds Ratios	CI	P-Value	Odds Ratios	CI	P-Value	Odds Ratios	CI	P-Value
Intercept	13.08	2.93 – 58.29	0.001	8.26	1.72 – 39.71	0.008	8.47	1.92 – 37.34	0.005
Altersgruppe: 30-39 J.	1.48	0.62 – 3.51	0.378	0.58	0.19 – 1.77	0.341	0.58	0.22 – 1.54	0.275
Altersgruppe: 40-49 J.	2.38	0.91 – 6.27	0.079	0.18	0.07 – 0.50	0.001	0.87	0.31 – 2.44	0.794
Altersgruppe: 50-59 J.	6.87	2.26 – 20.85	0.001	0.87	0.28 – 2.66	0.807	0.93	0.35 – 2.48	0.887
Altersgruppe: > 60 J.	2.77	1.18 – 6.51	0.020	0.54	0.19 – 1.52	0.247	0.72	0.29 – 1.79	0.474
Geschlecht: Weiblich	1.51	0.83 – 2.73	0.174	0.49	0.28 – 0.86	0.013	1.44	0.83 – 2.52	0.196
Bildung: Matura	0.57	0.28 – 1.16	0.120	1.46	0.66 – 3.21	0.347	0.82	0.41 – 1.62	0.561
Bildung: Hochschule	0.63	0.29 – 1.35	0.230	0.75	0.37 – 1.54	0.437	1.55	0.67 – 3.59	0.305
Migrationshintergrund: Ja	0.95	0.48 – 1.92	0.897	0.59	0.31 – 1.11	0.103	0.80	0.41 – 1.53	0.495
Eigentum am Hauptwohnsitz: Ja	0.77	0.41 – 1.46	0.429	0.90	0.49 – 1.67	0.750	0.92	0.51 – 1.66	0.785
Äquiv. Haushaltseinkommen	1.00	1.00 – 1.00	0.009	1.0	1.00 – 1.00	0.518	1.00	1.00 – 1.00	0.462
Gewerkschaftsmitglied	0.32	0.15 – 0.66	0.002	1.79	0.99 – 3.23	0.053	0.75	0.40 – 1.39	0.364
Erfahrung Prekariat: Ja	1.54	0.85 – 2.77	0.152	1.15	0.64 – 2.08	0.635	1.34	0.77 – 2.33	0.304
Konservativer WFS: Ja / Eher	0.51	0.25 – 1.06	0.072	0.89	0.48 – 1.66	0.721	0.67	0.34 – 1.30	0.232
Sozialdemokratisch WFS: Ja / Eher	2.45	1.20 – 5.00	0.014	2.38	1.09 – 5.20	0.030	2.09	1.05 – 4.17	0.036
Liberaler WFS: Ja / Eher	0.52	0.28 – 0.94	0.031	1.13	0.60 – 2.14	0.709	0.57	0.32 – 1.01	0.052
Observations	587			580			581		
R ² Tjur	0.114			0.052			0.060		

Wo soll es einen Ausbau sozialstaatlicher Leistung geben?

Die große Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Modell führt auch dazu, dass nach Ansicht der Befragten in einigen Bereichen Verbesserungsbedarf im österreichischen Sozialstaat besteht. Besonders mangelt es den Befragten an Leistungen im Bildungsbereich und der Kinderbetreuung: 74 Prozent der Befragten wünschen sich eine höhere Finanzierung des Bildungssektors, und 63 Prozent sind für einen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote.

Das ist gut verständlich. Höhere Investitionen in frühkindliche Betreuung und schulische Bildung, um Aufstiegsmöglichkeiten für junge Menschen zu verbessern, werden seit Jahren von vielen Akteuren gefordert. Die Bildungsausgaben sind in den letzten Jahren auch nur schrittweise angehoben worden (2017: 17.863 Mio Euro, 2019: 18.881 Mio Euro, derzeit ca. 10% der öffentlichen Ausgaben). Dieses Ergebnis überrascht auch deswegen nicht, da allseits bekannt ist, dass es in den meisten Bundesländern viel zu wenige Kinderbetreuungsplätze gibt. Gerade im ländlichen Raum sind Kindergärten, deren Öffnungszeiten eine Vollzeitberufstätigkeit ermöglichen, selten. Als konservativer Wohlfahrtsstaat baut Österreich noch heute auf traditionelle Geschlechterstereotype. Um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, ist es jedoch sinnvoll, das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zu vergrößern. Dies wäre auch ein Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit, da Frauen bis heute den größten Teil der unbezahlten (Erziehungs-)Arbeit leisten.

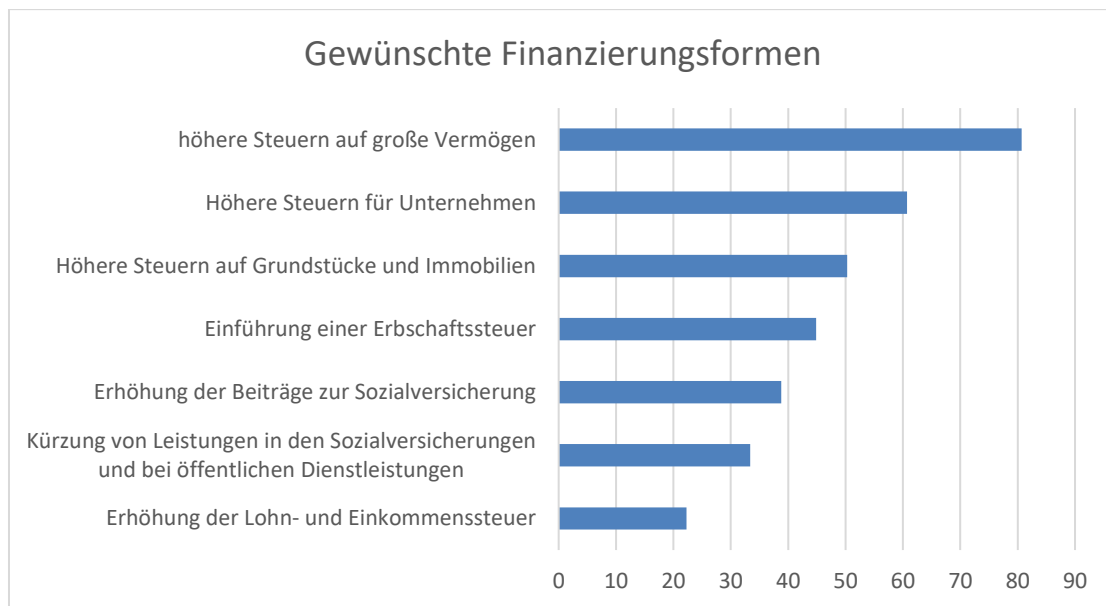
Die Zustimmung zu einem Ausbau der Leistungen in der Pflege ist mit 72 Prozent auch sehr hoch. Hier spiegeln sich wohl die demographischen Entwicklungen der letzten Jahre wieder: Die steigende Lebenserwartung geht mit einem erhöhten Betreuungsbedarf einher. Demgegenüber steht jedoch eine beträchtliche Lücke in der Zahl an benötigten Pflegekräften – allein in Österreich fehlen bis 2030 rund 76.000 Personen (Schmidt 2020). Die Ausgaben für Pflege liegen derzeit bei rund 4,7 Mrd. Euro, das sind knapp 2,5% (Feigl et al. 2020).

In den Bereichen Pflege, Bildung und Kinderbetreuung wünschen sich viele Befragte also mehr sozialstaatliche Leistungen. Demgegenüber ist ein großer Teil der Bevölkerung (62%) mit der derzeitigen Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung zufrieden, nur 25% wollen eine Erhöhung (Achtung: Erhebungszeitraum 2018). Das ist durchaus bemerkenswert, da die Nettoersatzrate bei Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich in Österreich mit rund 55 Prozent (für das Jahr 2019) eher niedrig liegt. Darüber hinaus haben Langzeitarbeitslose in Österreich ein erhöhtes Armutsgefährdungsrisiko. Eine Erklärung könnte darin zu finden sein, dass unter den Befragten fast niemand arbeitslos war sowie 9 von 10 Personen ihren Job ohnehin als sicher erachten und damit nicht das Gefühl haben, auf diese Leistung einmal angewiesen zu sein. Weiters spielen wohl auch das gegenwärtige Konkurrenzdenken und der Leistungsdiskurs hier eine Rolle (Schadauer et al. 2019): (Langzeit-)Arbeitslose werden vielfach mit Stigmata, wie „Faulheit“ bzw. „eigener Schuld“ bedacht.

Wie lässt sich der gewünschte Ausbau finanzieren?

Spannend ist allerdings nicht nur die Frage, welche Bereiche nach Ansicht der Befragten mehr gefördert werden sollen und welche nicht, sondern auch wie ein etwaiger Ausbau von Kinderbetreuung, Pflege oder Bildung finanziert werden kann. Auch dazu liefert die Befragung einige interessante Details: Insbesondere die höhere Besteuerung von großen Vermögen (81%) sowie Unternehmen (61%) findet, wie bei Bandau et al. (2017), bei den Befragten großen Anklang (siehe Graphik 3). Demgegenüber werden Erhöhungen der eigenen Beiträge (z.B. Erhöhung Lohn- und Einkommenssteuer 22%) bzw. Kürzungen (33%) klar abgelehnt.

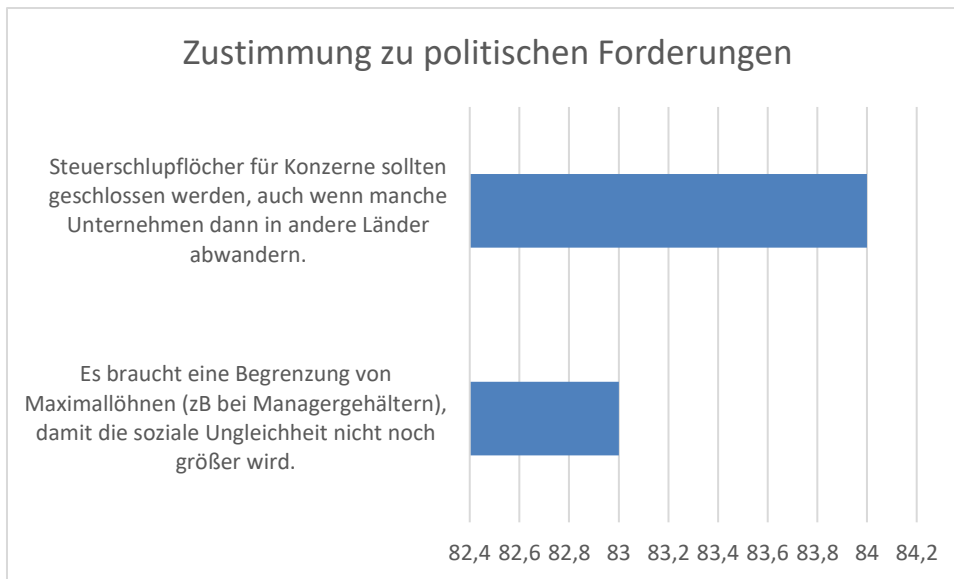
Graphik 3: Gewünschte Finanzierungsformen bei Ausbau sozialstaatlicher Leistungen



Hauptsächlich zeigen sich Meinungsunterschiede, was die Finanzierung von sozialstaatlichen Leistungen betrifft, in politischen Orientierungen. Politisch links gerichtete Personen sind überwiegend für eine Reichen- und Unternehmenssteuer (über 70%) und gegen Kürzungen der öffentlichen Leistungen (unter 25%). Politisch rechts gerichtete Befragte präferieren zwar Kürzungen der öffentlichen Leistungen (knapp unter 70%), sind aber mit knapper Mehrheit auch für Reichensteuern

Weitere politische Forderungen, die zu mehr Gleichheit in der Gesellschaft führen können, wie das Schließen von Steuerschlupflöchern oder eine Begrenzung von Maximallöhnen werden von den Befragten ebenfalls überwiegend unterstützt (jeweils über 80% Zustimmung, Graphik 4).

Graphik 4: Einstellungen zu politischen Forderungen für mehr Gleichheit



Interessanterweise ergeben die bivariaten Analysen hier erstmals Unterschiede nach Geschlecht: Frauen sind deutlich stärker für Maximallöhne (87%) als Männer (77%) und unterstützen die Forderung nach einem Schließen von Steuerschlupflöchern auch um einiges stärker (84% zu 73%). Waren bei der Zustimmung zu den Wohlfahrtsmodellen die jungen Menschen „linker“ eingestellt als die älteren, so kehrt sich der Trend bei den konkreten Maßnahmen nun um: Ältere Menschen unterstützen Maximallöhne (über 60jährige 87%, 16-29jährige 78%) und das Schließen von Steuerschlupflöchern (88% versus 75%) deutlich stärker als Junge. Das formale Bildungsniveau wirkt hier unterschiedlich: Menschen ohne Matura sind eher für Maximallöhne als Menschen mit Hochschulabschluss (84% zu 75%), zweitere sind aber stärker für das Schließen von Steuerschlupflöchern (89% zu 80%). Ähnlich verhält es sich beim Haushaltseinkommen: Jene mit einem Einkommen unter 984€ unterstützen die Forderung nach einem Maximallohn zu 91% (gegenüber 69% bei jenen mit über 2600€). Dafür sind diese aber eher für das Schließen von Steuerschlupflöchern (89% zu 77%).

Auch die multivariate Analyse (Modell 3) zeigt, dass diese Unterschiede nach Geschlecht und HH-Einkommen durchaus Erklärungskraft haben. Weiters ist die Einstellung zu sozialer Ungleichheit relevant: Je eher Ungleichheit als Problem wahrgenommen wird, desto eher ist man für die Einführung von Maximallöhnen.

Modell 3: Erklärungsfaktoren für die Einführung von Maximallöhnen

M1 - Maximallohn			
<i>Predictors</i>	<i>Odds Ratios</i>	<i>CI</i>	<i>P-Value</i>
Intercept	3.94	1.24 – 12.49	0.020
Altersgruppe: 30-39 J.	0.44	0.18 – 1.05	0.065
Altersgruppe: 40-49 J.	0.71	0.28 – 1.80	0.470
Altersgruppe: 50-59 J.	0.82	0.33 – 2.02	0.661
Altersgruppe: > 60 J.	1.25	0.51 – 3.03	0.625
Geschlecht: Weiblich	2.59	1.49 – 4.50	0.001
Bildung: Matura	1.84	0.86 – 3.94	0.115
Bildung: Hochschule	0.94	0.50 – 1.76	0.848
Migrationshintergrund: Ja	0.66	0.37 – 1.20	0.172
Eigentum am Hauptwohnsitz: Ja	1.39	0.80 – 2.43	0.242
Äquiv. Haushaltseinkommen	1.00	1.00 – 1.00	<0.001
Erfahrung Prekariat: Ja	1.47	0.88 – 2.48	0.144
Gewerkschaftsmitglied	0.88	0.51 – 1.53	0.662
Ungleichheit zu groß: Ja / Eher	2.64	1.43 – 4.90	0.002
Observations	672		
R ² Tjur	0.125		

Diskussion und Conclusio

Die Befragung gibt zusammenfassend wichtige Einblicke in die Vorstellungen, wie der Sozialstaat ausgestaltet und weiter finanziert werden soll. Eine zentrale Erkenntnis ist etwa, dass der Sozialstaat generell sehr wertgeschätzt wird und den meisten Befragten klar ist, dass er die Ungleichheit im Land verringern kann. Viele wünschen sich sogar einen Ausbau in Richtung eines Sozialstaats sozialdemokratischer Prägung. Dementsprechend fehlt es vielen auch an sozialstaatlichen Leistungen in bestimmten Bereichen, allen voran im Bildungs-, Pflege- und Kinderbetreuungsbereich.

Wenn es darum geht, wie umfassende Sozialleistungen bezahlt werden sollen, finden vor allem höhere Steuern für Reiche und Unternehmen breitere Zustimmung. Sie sollten nach Ansicht der Befragten ihren Finanzierungsbeitrag erhöhen, wohingegen eine Erhöhung des Beitrags zur Finanzierung des Sozialstaats über Massensteuern klar abgelehnt wird. Auch die Kürzung von sozialstaatlichen Leistungen ist für die Mehrheit der Befragten keine gute Option. Die Einführung von Maximallöhnen und das Schließen von Steuerschlupflöchern wird auch von der überwiegenden Mehrheit unterstützt.

Literatur

- Arts, Gelissen (2001): Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter? In: *Acta Sociologica* 44(4), 283–299.
- Bandau, Lübker, Rixen (2017): Was ist uns der Wohlfahrtsstaat wert? Einstellungen zur Finanzierung und politische Handlungsoptionen. Berlin: FES Paper.
- Edlund (1999): Attitudes towards Tax Reform and Progressive Taxation: Sweden 1991-96. In: *Acta Sociologica* 42(4), 337-355.
- Feigl et al. (2020): Budget 2020: Schritte zur Überwindung der Corona Krise
AK-Budgetanalyse zum Entwurf des Bundesvoranschlags 2020 und darüber hinaus. In: *Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft* 200.
- Grausgruber (2018): Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in Österreich. In: Bacher et al. (Hrsg): *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich*, VS: 457-481.
- Hadler (2005): Why Do People Accept Different Income Ratios? A Multi-level Comparison of Thirty Countries. In: *Acta Sociologica* 48(2).
- Kulin/Svallfors (2013): Class, Values, and Attitudes Towards Redistribution: A European Comparison. In: *European Sociological Review* 29(2), 155-167.
- Reed-Arthurs, Sheffrin (2010): Windows Into Public Attitudes Towards Redistribution. In: *Proceedings of the National Tax Association*.
- Schadauer, Altreiter, Flecker, Schindler (2019): Sozialstaatliche Solidarität und gesellschaftliche Anerkennung von Lebenschancen. In: *SWS Rundschau* 4 (2019).
- Schmidt (2020): Win-win-win in der Krise: Pflege als Jobmotor und Zündschnur für mehr Gerechtigkeit. In: *Arbeit & Wirtschaft Blog*.
- Svallfors (2003): Welfare regimes and welfare opinions: A comparison of eight Western countries. In: *Social Indicators Research* 64(3), 495–520.
- Van Oorschot, Reeskens, Meuleman (2012): Popular perceptions of welfare state consequences: A multilevel, cross-national analysis of 25 European countries. In: *Journal of European Social Policy* 22(2), 181–197.
- Wöss (2020): Sozialstaat – Stabilitätsanker in der Krise. In: *Arbeit & Wirtschaft Blog*.
- Zens, Gregor and Warum, Philipp (2019) Tax Preferences, Partisanship and Perceptions of Society: Evidence from Austria. INEQ Working Paper Series, 12. WU Vienna University of Economics and Business, Vienna

AutorInnen:

Franziska Disslbacher, Ökonomin an der Arbeiterkammer Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, franziska.disslbacher@akwien.at

Julia Hofmann, Soziologin an der Arbeiterkammer Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, julia.hofmann@akwien.at

Thomas Mayer, Soziologe an der Arbeiterkammer Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, thomas.mayer@akwien.at